

Die Politik unserer Partei in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung und noch stärker nach der Bildung der DDR stand unter dem Druck des sich verschärfenden kalten Krieges, der Spaltungspolitik der BRD, deren Regierung alle Angebote der DDR zu Verhandlungen, selbst über die Bildung einer Konföderation, brüsk zurückwies, wie unter dem Druck der Drohungen und Aktionen zur Liquidierung unserer Republik. Das schwere Erbe zu überwinden, das Hitlerfaschismus und zweiter Weltkrieg hinterlassen hatten, erforderte eine straffe zentrale Leitung, begünstigte aber auch die Etablierung des administrativen Kommandosystems in der DDR.

Dennoch besaßen die Triebkräfte und schöpferischen Potenzen des Sozialismus über einen längeren Zeitraum das Übergewicht gegenüber den negativen Zügen. Die hemmenden, die demokratische Initiative und die Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins der Volksmassen einschränkenden Wirkungen des Kommandosystems traten erst im Verlauf des Aufbaus des Sozialismus in Erscheinung, so daß sie lange Zeit nicht wahrgenommen oder als Hemmnis erkannt wurden. Vorschläge, dieses System zu überwinden, wurden weder geprüft noch diskutiert, sondern rigoros als konterrevolutionär abgetan.

Zwar hat es im Gefolge des XX. Parteitages der KPdSU auch in unserer Partei eine aufwühlende Diskussion gegeben und eine Desillusionierung über Stalin und seine Methoden, aber keine Bewältigung dieses trüben Kapitels in der Geschichte der internationalen Arbeiterbewegung. Es wurde nicht gründlich genug nach den tieferen Ursachen und weit wirkenden Faktoren des Personenkults geforscht. Unter Berufung auf die Härte des Klassenkampfes auf dem Höhepunkt des kalten Krieges wurde die Frage nach den eigentlichen Ursachen stalinistischer Politik in der DDR wie auch in den anderen sozialistischen Ländern nicht gestellt. Genossen, die darauf drängten und die Diskussion begannen, wurden mundtot gemacht, ausgeschlossen oder sogar zu Haftstrafen verurteilt. Das war ein schwerer Fehler.

Das politische System der DDR erstarrte immer mehr. Schritt für Schritt wurden das Volk und die Volksvertretungen ihrer Souveränität beraubt. Die Volksvertretungen in den Städten und Gemeinden gerieten immer mehr in Widerspruch mit dem tatsächlichen Leben in ihrem Territorium. Regierung und Räte waren nicht Vollzugsorgane der Volksvertretungen, sondern umgekehrt, obwohl sich nicht wenige Volksvertretungen dagegen wandten. Wahlen ließen zwar die Auswahl und Prüfung von Kandidaten zu, der Wahlgang selbst wurde zu einem bedeutungslosen Zettelfalten. So kam es zu den unrealistischen Abstimmungsergebnissen um die 99 Prozent.

Jede „Fehlerdiskussion“ war in unserer Partei verpönt. Sie wurde stets als Kapitulantentum und Nachgeben verketzert. Die Folge davon war, daß es über Jahrzehnte auf allen Ebenen der Partei zum geflügelten Wort wurde, „die Probleme im Vorwärtsschreiten“ zu lösen. Das hat die eigentlichen Ursachen für Fehler immer wieder im Verborgenen gelassen. Folglich konnten sie nicht beseitigt und keine Garantie für ihre Nichtwiederholung geschaffen werden.